



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 11. Dezember 2017  
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalman-Bieri

### **P 317 Postulat Budmiger Marcel und Mit. über das gemeinsame Lösen der Car- und Fernbusprobleme / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.  
Marcel Budmiger hält an seinem Postulat fest.

Marcel Budmiger: Inhaltlich bin ich mit der Regierung in weiten Teilen einig. Einzig bei der Lobeshymne auf die Fernbusse wäre ich etwas vorsichtiger. Beispiele wie der Tellbus oder der Flughafenbus zeigen, dass mit Fernbussen Lücken gefüllt werden können. Bei ausländischen Anbietern müssen aber auch die Arbeitsbedingungen und damit verbunden die Sicherheit berücksichtigt werden. Danach fällt die Bilanz um einiges negativer aus. Wenn das Bundesamt für Verkehr ernsthaft mit Schweizer Fernbusunternehmen unsere Bundesbahnen konkurrieren will, fragt man sich, ob die eine Hand weiss, was die andere tut. Im Kanton Luzern wird eine neue Infrastruktur für die Fernbusse benötigt, so wie es auch eine neue Infrastruktur für die Reiseautos braucht. Es liegt auf der Hand, dass dabei Synergien genutzt werden können. Der Regierungsrat will unser Postulat nur teilweise erheblich erklären, weil die Standortsuche des Fernbusterminals nicht auf die Stadt Luzern und die Agglomeration eingeschränkt werden soll. Laut dem neuen öV-Bericht ist in der Agglomeration ein gut mit dem öV verknüpfter zentraler Fernbusterminal bereitzustellen. Aus Kundensicht müsste er aber möglichst nahe beim Bahnhof Luzern liegen oder mit diesem verbunden sein. Tatsache ist, dass es einen zentralen Standort in der Stadt oder in der Agglomeration braucht. Über den Standort bin ich mit der Regierung nicht einig, das ist aber nicht weiter schlimm. Nun braucht es aber einen gemeinsamen Effort, um die Car- und Fernbusproblematik zu lösen. Daher bitte ich Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

Urban Frye: Die Grüne Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu. Die Anzahl der Fernbusse wird in Zukunft noch zunehmen. Ökologisch gesehen sind diese Fernbusse immer noch viel besser, als wenn jeder mit dem eigenen Auto anreist. Die Busterminals müssen mit dem öV gut erreichbar sein. Im Moment scheinen alle etwas verzweifelt auf der Suche nach einem geeigneten Ort zu sein. Die betroffenen Akteure sollten sich besser zusammenschließen, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Scheinbar wissen wir auch nicht, ob sich die Passagiere der Touristencars nur kurz und ohne Übernachtung in Luzern aufhalten. Es wäre deshalb sinnvoll auszuwerten, wie lange sich diese Touristen tatsächlich in Luzern aufhalten und ob sie eine Wertschöpfung bringen. Von einem Besuch auf dem Titlis profitiert der Kanton Luzern überhaupt nicht. Es braucht Terminals für die Fernbusse, zuerst sollte aber abgeklärt werden, an welchem Ort und in welcher Grösse.

Claudia Huser Barmettler: Das Carparkplatzproblem und das Fernbusproblem betreffen den Kanton und sind aus unserer Sicht nicht voneinander zu trennen. Für die Region Luzern und für den gesamten Kanton ist eine gute und zukunftsfähige Lösung wichtig, zumal die Marke Stadt Luzern im Tourismus für den ganzen Kanton Luzern relevant ist. Mit der

Annahme der Inseli-Initiative in der Stadt Luzern hat der Stadtrat einen konkreten Auftrag erhalten, eine neue Lösung für das Carparking zu finden. Wie der „Luzerner Zeitung“ vom 5. Dezember 2017 zu entnehmen ist, hat der Stadtrat hierfür eine externe Konzeptstudie in Auftrag gegeben. Die Stadt Luzern sucht somit eine Lösung für das vorherrschende Problem mit den Carparkplätzen. In seiner Stellungnahme beschreibt der Regierungsrat seine Massnahmen zur Lösung der Frage des Fernbusterminals. Er erwähnt sogar explizit die Abhängigkeit einer abgestimmten Lösung der Massnahme „Fernbus inklusive Terminal“. Wir sind froh, dass dies erkannt wurde und die Dienststelle Verkehr und Infrastruktur in diesem Bereich die Zusammenarbeit mit den betroffenen Gemeinden und dem VVL sucht. Damit ist aus unserer Sicht die Frage nach der Erheblichkeit dieser Massnahme bereits durch den Regierungsrat selber beantwortet. Es ist klar, dass die Standortfrage für den Fernbusterminal noch nicht geklärt ist. Ausgangslage ist aber wohl auch, dass der Fernbusterminal in guter Erreichbarkeit zum öV für die Region Zentralschweiz liegen soll. Aus meiner Sicht sind nach Möglichkeit Synergien zwischen Carparking und Fernbusterminal anzustreben, dies gerade wegen ihrer saisonalen Nutzung. Da die Stadt Luzern in ihrer Studie auch die Metro zum Thema macht, ist die Zusammenarbeit zwingend notwendig. Deshalb stimmt die GLP-Fraktion der Erheblicherklärung des Postulats zu.

Daniel Keller: Die SVP-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu. Es braucht ein Konzept, damit der Reisebustourismus auch weiterhin reibungslos funktioniert. Genau deshalb steht jetzt primär die Stadt Luzern in der Pflicht. Die Stadt ist der grösste Profiteur des ganzen Tourismusgeschäfts. Es wäre wünschenswert, wenn unsere Behörden einen Zacken zulegen würden und insbesondere die politischen Mehrheiten in der Stadt für innovative Parkierlösungen für Cars und Fernbusse einstehen würden. Der Ball liegt bei der Stadt, und die Verhandlungen sind bereits im Gang.

Stefan Roth: Luzern ist eine bedeutende und äusserst erfolgreiche Tourismusdestination. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, ist nicht die Plafonierung der Anzahl Gäste und der Anzahl Busse der richtige Weg, sondern eine rasche Lösung für die Carparkierung im Zentrum sowie die Infrastruktur für die steigende Anzahl von Fernbussen. Beide Themen sind in verschiedenen verbindlichen kantonalen Programmen bereits enthalten. Der Kanton Luzern soll nicht die Aufgabe der Stadt Luzern übernehmen und die Carparkierung lösen. Er soll zusammen mit anderen Organisationen und Institutionen prüfen und koordinieren, ob Carparkierung und Fernbushub sinnvollerweise an einem gemeinsamen Standort Platz haben. Ein Fernbusterminal sowie eine angemessene Carparkierung gehören dabei in die Stadt beziehungsweise in die Agglomeration. In München liegt ein moderner Busterminal 500 Meter vom Hauptbahnhof entfernt. Gerade auch Fernbusreisende suchen Destinationen, an denen unkompliziert, ohne grossen Zeitverlust und somit zentrumsnah die touristischen Hotspots aufgesucht werden können. Bei der Prüfung geeigneter Standorte sind relevante Standortgemeinden sowie tourismus- und öV-nahe Organisationen zeitnah einzubeziehen. Die CVP geht davon aus, dass auch die Stadt Luzern, die Agglomeration sowie alle weiteren Beteiligten an einer Koordination von Carparking und Fernbushub interessiert sind. Die CVP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu.

Herbert Widmer: Die Stellungnahme des Regierungsrates ist umfassend und zeigt auf, dass im Bereich Fernbushub schon viel unternommen wird. Die Fragen sind aber noch nicht alle geklärt. Es ist sicher im Sinn von Stadt, Agglomeration und den übrigen Kantonsgebieten, dass es bald zu einer Lösung kommt. Das Postulat vermischt aber zwei wichtige Themen. Das Projekt eines Fernbushubs soll den Kanton und die Gemeinden beschäftigen. Das Carparkierungsprojekt ist vorerst ein Problem der Gemeinden. Gerade in der Stadt wird die Diskussion leider eher ideologisch als zielgerichtet geführt. Die Lösung muss durch die Exekutive und die Legislative der Stadt erfolgen. Die FDP-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Marcel Budmiger: Es wurden hier doch einige ideologische Gründe vorgebracht – jeder schaut zu seinem eigenen Garten. Wir sollten aber ohne ideologische Scheuklappen eine vernünftige Lösung für alle schaffen. Das ist mit der Erheblicherklärung der Motion möglich.

Marcel Omlin: Wer hat hier ideologische Scheuklappen? Wir hatten in Luzern einen

idealen Carparkplatz in unmittelbarer Nähe zum Hauptbahnhof. Nun soll plötzlich die Agglomeration in die Pflicht genommen werden. Hauptprofiteur der Tagestouristen ist nach wie vor die Stadt Luzern. Die Wertschöpfung der Tagestouristen ist übrigens nicht unerheblich.

Ferdinand Zehnder: Es gibt mehrere Gründe, um das Postulat erheblich zu erklären. Die beiden Themen sind miteinander verbunden und können zwar einzeln gelöst werden, aber die Abhängigkeit und die Synergien sind unbestritten. Die Dienststelle Verkehr und Infrastruktur ist bereits involviert, und es ist zwingend, dass der Kanton zusammen mit der Stadt und den Agglomerationsgemeinden mit einbezogen wird. So entsteht eine ganz andere Verhandlungssituation. Sämtliche Zu- und Wegfahrwege führen über Kantonsgebiet, wo immer auch der Terminal zu stehen kommt. Die Erheblicherklärung des Postulats dient der Sache.

Daniel Gasser: Ich stimme der Erheblicherklärung zu. Trotzdem bin ich etwas erstaunt, dass die Carparkplätze in die Agglomeration verlagert werden sollen, ohne dass die Agglomeration überhaupt gefragt wird. In der Agglomeration wartet niemand auf die Carparkplätze, vor allem dann nicht, wenn die ganze Wertschöpfung in der Stadt bleibt.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Kurz gesagt wartet die Agglomeration nicht auf die Carparkplätze und die Regierung nicht auf zusätzliche Aufträge. Ich wünsche mir aber sehnlichst eine Lösung. Wir stehen vor zwei Herausforderungen: die Fernbusse und die Carparkierung in der Stadt. Die Fernbusse benötigen eine Konzession und die Terminals unterliegen klaren Kriterien. Haltestellen dürfen nur an den wichtigsten Knoten des öffentlichen Verkehrs eingerichtet werden. Die Kantone sorgen für geeignete Haltestellen und stellen deren Anbindung an den öffentlichen Verkehr sicher. Bei der Carparkierung liegen nicht die gleichen Anforderungen vor. Der Lead für die Fernbusse liegt beim Kanton und für die Carparkierung bei der Stadt. Beide sind aktiv. Beim Kanton laufen die Abklärungen bereits, und die Stadt Luzern hat Studien in Auftrag gegeben. Deshalb braucht es eine Koordination zwischen Stadt und Kanton. Weil das Postulat ein gemeinsames Projekt fordert, aber bereits zwei Projekte am Laufen sind, beantragt die Regierung die teilweise Erheblicherklärung. Was es braucht, ist eine Koordination zwischen den beiden Projekten. Was die Fernbusse angeht, gehen wir in unserer langfristigen Planung von einer Übergangslösung aus. Mit der Erstellung des Durchgangsbahnhofs wird sich die Platzsituation verändern, und es kommen andere Lösungen infrage.

Der Rat erklärt das Postulat mit 58 zu 45 Stimmen erheblich.